

Netzwerk Grundeinkommen

1. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um das Grundrecht auf ein Leben in Würde, wie es in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union dargelegt wird, für alle EuropäerInnen zu garantieren?

Wir wollen eine neue Grundwerte-Initiative starten, die eine Verteidigung europäischer Grundwerte in den Mitgliedstaaten ermöglicht. Dazu wollen wir unterhalb der Schwelle des Artikels 7 des EU Vertrages einen angemessenen Mechanismus schaffen, der es der EU erlaubt, die europäischen Grundwerte in den Mitgliedsstaaten zu verteidigen und notfalls angemessene Sanktionen zu verhängen.

2. Wie steht Ihre Partei angesichts der heutigen Beschäftigungsverhältnisse und der unzureichenden Systeme der Einkommenssicherung (bedingt, bedürftigkeitsorientiert, nicht hoch genug) zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Europa?

3. Hält Ihre Partei wissenschaftliche Forschung zum bedingungslosen Grundeinkommen als Instrument zur Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme für sinnvoll?

4. Hat Ihre Partei die Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen unterstützt, mit der rund 300.000 Bürgerinnen und Bürger der Forderung nach der Erforschung eines Weges zu emanzipatorischen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen in der EU mittels eines bedingungslosen Grundeinkommens Nachdruck verliehen haben? Wenn ja wie? Wenn nein, warum nicht?

5. Wie steht Ihre Partei zu der mit großer Mehrheit und von Mitgliedern aller Fraktionen des Europäischen Parlaments gefassten Entschließung über Mindesteinkommen vom Jahr 2010, in der das Parlament die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auffordert, "zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden"? Siehe Ziffer 44 in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039(INI))

6. Welche konkreten Initiativen haben Ihre Partei und die Mitglieder Ihrer Partei im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag zur Umsetzung dieses Prüfauftrages, beschlossen durch das Europäische Parlament, ergriffen? Welche konkreten politischen Initiativen hat Ihre Partei ergriffen, um die Bundesregierung zur Umsetzung des Prüfauftrages zu bewegen?

7. Hat Ihre Partei das Europäische BürgerInnen-Manifest für Demokratie, Solidarität und Gleichheit zur Kenntnis genommen, in dem die Bürgerinnen und Bürger Europas u. a. die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auf europäischer Ebene fordern? Haben Europaabgeordnete Ihrer Partei Kontakt mit den Organisatorinnen und Organisatoren des Manifests aufgenommen, um sich über die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger Europas auszutauschen und politische Initiativen, zum Beispiel zum Grundeinkommen, zu ergreifen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

8. Viele namhafte WissenschaftlerInnen haben sich weltweit für ein Grundeinkommen ausgesprochen, unter ihnen mindestens sieben Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften. Es gibt immer mehr



Forschung zu diesem Thema. Die Literatur zu ökonomischen, sozialen, politischen, ethischen und rechtlichen Aspekten des Grundeinkommens wächst. (Wie) will ihre Partei die Diskussion und die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Europa befördern?

9. Welche konkreten Vorstellungen zum Grundeinkommen sind im Programm Ihrer Partei zur Wahl des Europäischen Parlaments enthalten? (Bitte Textstellen und Links angeben.)

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Unsere Verfassung gibt keinen Anspruch auf bedarfsunabhängige, voraussetzungslose Sozialleistungen. Daher gewährleistet unser Sozialstaat nicht nur Rechte, sondern setzt auch Pflichten. Dies ist nicht zuletzt Ausdruck einer wechselseitigen Solidarität, die wir für richtig und wertvoll für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft halten. Deshalb streben wir anstatt eines bedingungslosen Grundeinkommens die Vereinheitlichung und Pauschalierung aller Sozialleistungen in einem Budget an, das in Form des „Liberalen Bürgergeldes“ die Menschen über eine einzige Behörde unkompliziert erreicht und gegebenenfalls unzureichendes Arbeitseinkommen ergänzt. Mit dem liberalen Bürgergeld wollen wir die Unterstützung für Bedürftige und Arbeitslose neu ordnen. Das Bürgergeld wird eigenverantwortliches Handeln auch in schwierigen Lebenslagen erleichtern, die Überwindung der Bedürftigkeit erleichtern, zu gesellschaftlicher Teilhabe motivieren und effizienteres Verwaltungshandeln unter größerer Rechtssicherheit ermöglichen.

10. In der ganzen Welt schließen sich mehr und mehr Menschen in Netzwerken zusammen, um das Grundeinkommen durchzusetzen. Das deutsche Netzwerk Grundeinkommen wurde 2004 gegründet. Es ist der deutsche Zweig des Basic Income Earth Network (BIEN). Pilotprojekte zeigen, dass ein Grundeinkommen ein geeignetes Instrument zur Erreichung des UN-Millenniumsziels 1 (Bekämpfung von extremer Armut und Hunger) ist. Wie bewertet Ihre Partei ein Grundeinkommen im Hinblick auf die Armutsbekämpfung sowie die Einhaltung der Menschenrechte?

In den vergangenen Jahren haben Pilotprojekte stattgefunden. Die Ergebnisse sind teilweise durchaus sehr positiv zu bewerten. Die Übertragbarkeit von Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit ist aber sehr schwierig auf Grund der unterschiedlichen Voraussetzungen und Probleme in den jeweiligen Ländern. Deswegen ist noch abzuwarten in wieweit dieser punktuell erfolgreiche Ansatz eine größere Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit spielen kann.